

SV-Report zum 15. November 2025

Sachverständigenrat Wirtschaft spart nicht mit Kritik

Wirtschaft

Große Teile der Bevölkerung sind mit der bisherigen Arbeit der Koalition nicht zufrieden, wie es das ZDF-Politbarometer im November 2025 durch Umfragen ermittelte. Bundeskanzler Friedrich Merz hat einen wirtschaftlichen Aufschwung versprochen, der bislang nicht zu erkennen ist. Verblasst ist der Eindruck vom Kanzler, dass durch seine Führung ein Ruck durch Deutschland gehen könnte.

In Berlin übergab die Vorsitzende des Sachverständigenrats Wirtschaft, Frau Prof. Dr. Dr. h.c. Monika Schnitzler am 12. November 2025 dem Bundeskanzler ihr Jahresgutachten 2025/2026.

Der Sachverständigenrat, bestehend aus fünf Wirtschaftsprofessoren, sieht, dass sich die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr in einer Stagnation befindet. Die Schwäche der deutschen Wirtschaft liegt nicht nur am Verlust internationaler Wettbewerbsfähigkeit sowie an der unsicheren Handelspolitik der USA und der veränderten Sicherheitslage in Europa, sondern auch an der fortschreitenden demografischen Alterung der Bevölkerung.

Mehr als jedes dritte deutsche Unternehmen will nächstes Jahr Personal abbauen. Tief in der Krise steckt Deutschlands Automobilindustrie. Mit 716.000 Beschäftigten zählt die Autoindustrie zu den wichtigsten Branchen. Volkswagen will bis 2030 35.000 Stellen abbauen. Durch die US-Zölle und Chinas technologischen Vorsprung in der Elektroautomobilindustrie sind deutsche Unternehmen in die Krise geschliddert. In China werden E-Autos mit hohen Subventionen, niedrigen Energiekosten und niedrigen Anschaffungskosten gefördert. Deutschland hat technologisch den Anschluss verloren, resümiert Prof. Moritz Schulack, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. Die EU hat festgelegt, dass ab 2035 keine neuen Autos mehr zugelassen werden sollen, die CO₂ ausstoßen. In der Union will man das „Aus vom Verbrenner aus“, weil das Verbot der Verbrennertechnologie die Wettbewerbsfähigkeit des Automobilstandorts Deutschland gefährde. Nur etwa 1,6 Millionen E-Autos fahren auf Deutschlands Straßen, hingegen 30 Millionen Benziner und rund 13,8 Millionen Dieselfahrzeuge. Es mangelt an günstigen E-Kleinwagen von deutschen Herstellern, an einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur und an Kaufanreizen. Ab 2026 könnte es zu einer Unterstützung vom Staat für Käufer mit kleinem und mittlerem Einkommen kommen. Geplant ist eine Prämie für E-Autos mit einem Nettolistenpreis bis 45.000 Euro. Nähere Details sind noch nicht bekannt.

Aufgrund des Rückgangs der Exporte und der gedämpften Geschäftserwartungen der deutschen Wirtschaft sowie der geringen Investitionen der Privatwirtschaft, rechnen die Wirtschaftsweisen 2026 nur mit 0,9 % Wachstum, 0,1 Punkte weniger als im Frühjahr angenommen. Für das laufende Jahr 2025 gehen die Wirtschaftsweisen von 0,2 Prozent Wachstum aus, während angenommen wird, dass die Weltkonjunktur in diesem Jahr um 2,6 % und im kommenden Jahr um 2,3 % wächst.

Die Bundesregierung hat auf die gestiegenen sicherheits- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen mit einem Sondervermögen in Höhe von 500 Mrd. € für die Infrastruktur und Klimaneutralität reagiert, jedoch sieht der Sachverständigenrat die konkrete Umsetzung als stark verbesserungsbedürftig an. Mit dem 500 Mrd. € Sondervermögen sollen bis 2037 Investitionsrückstände abgebaut werden, jedoch sind weniger als die Hälfte der geplanten Ausgaben aus dem Sondervermögen für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur erkennbar. Stattdessen werde das Geld „zu großen Teilen für Umschichtungen im Haushalt“ und andere Ausgaben benutzt. Das Geld solle nicht herangezogen werden, um „Spielraum zur Finanzierung fragwürdiger Maßnahmen wie der Ausweitung der Mütterrente oder der Anhebung der Pendlerpauschale zu schaffen“, so der Sachverständigenrat.

Auch die Unternehmensbesteuerung steht in der Kritik des Sachverständigenrats. Deutschland hat im internationalen Vergleich hohe Steuerbelastungen, die Investitionen erschweren. Das von der Bundesregierung am 18. Juli 2025 verkündete Gesetz für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland sieht der Sachverständigenrat positiv, reicht aber langfristig nicht aus. Die Wirtschaftsweisen fordern eine grundlegende Modernisierung und die Vereinfachung sowie den Ausbau der steuerlichen Forschungsförderung. Zur Konjunkturförderung gehört es auch, den Bürokratieabbau zu beschleunigen. Die bestehenden Entlastungsmaßnahmen haben keinen grundlegenden Rückgang bewirkt. Der Sachverständigenrat fordert eine umfassende Reform, die stärker auf Digitalisierung und automatisierte Prozesse setzt.

Die Vermögensverteilung in Deutschland ist sehr ungleich. Haushalte mit niedrigen Einkommen können weniger sparen und erzielen geringere Renditen. Der Rat schlägt ein staatlich gefördertes Vorsorgedepot als einheitliches, transparentes Instrument für den langfristigen Vermögensaufbau insbesondere für einkommensschwache Haushalte vor. Mit der vorgesehenen Frühstart-Rente für alle 6- bis 18-Jährigen in Höhe von 10 € pro Monat vom Staat, angelegt in ein individuelles, privates Aktiendepot geht die Bundesregierung in die richtige Richtung. Aus dem Bundesfinanzministerium ist zu hören, das aus Spargründen im nächsten Jahr nur die 6-Jährigen (Jahrgang 2020) die Förderung erhalten sollen und erst in den Folgejahren die weiteren einzelnen Jahrgänge.

Das geplante Rentenpaket, das im August 2025 beschlossen wurde, stößt nicht nur bei den jungen Parlamentariern der CDU auf scharfe Kritik, sondern auch beim Sachverständigenrat. In der CDU sehen die jungen Abgeordneten in diesem Paket keine Ausgewogenheit der Belastung zwischen Alt und Jung. Frau Prof. Dr. Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrats, spricht sich für eine schrittweise Anpassung des Renteneintrittsalters an die längere Lebenserwartung, für die Abschaffung der Rente mit 63 Jahren für gesunde Arbeitnehmer und für die Steigerung der Renten an die Preise aus. „Unbequeme Maßnahmen“, so die Professorin, aber Rentenausgaben müssen gesenkt, statt erhöht werden. Bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer sieht der Sachverständigenrat erheblichen Reformbedarf, die großzügigen Begünstigungen für Betriebsvermögen sollten reduziert werden.

Die Wirtschaftsweisen betonen, dass Deutschland nur durch gezielte Investitionen, eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Strukturreformen und eine entschlossene Modernisierung der öffentlichen Verwaltung seine wirtschaftlichen Chancen nutzen kann. Das Finanzpaket bietet hierbei gute Möglichkeiten – sie dürfen jedoch nicht durch konsumtive Ausgaben, unklare Regeln oder falsche Investitionsorientierung verspielt werden.

Wirtschaftliche Eckdaten (in %)	2024	2025 ¹	2026 ¹
Deutschland			
BIP-Wachstum	-0,5	0,2	0,9
Inflationsrate	2,2	2,2	2,1
Arbeitslosenquote	6,0	6,3	6,1
Lohnwachstum	5,3	3,6	2,7
Euro-Raum			
BIP-Wachstum	0,9	1,4	1,0
Inflationsrate	2,4	2,1	2,0
Weltwirtschaft			
BIP-Wachstum	2,8	2,6	2,3
Inflationsrate	4,6	2,9	2,6

¹ Prognose des Sachverständigenrates

Impressum

Herausgeber: SCHALLÖHR VERLAG GmbH

Milchberg 24 | 82335 Berg am Starnberger See | www.schalloehr-verlag.de | E-Mail: info@schalloehr-verlag.de

Telefon: 08151/ 28798 | Telefax: 08151/ 28666

HRB 163225 Amtsgericht München | Ust.-Nr.: 117/138/002 70 | Geschäftsführer: André Schallöhr, Knut M. Schallöhr

© 2025, SCHALLÖHR VERLAG GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Reproduktion, auch auszugsweise nur mit vorheriger Einwilligung der SCHALLÖHR VERLAG GmbH.